



MEINUNG

Von
KPÖ-Wohnungsstadtrat
Ernst Kaltenegger

Wem gehört die Stadt?

Die Zeiten des engagierten Altstadtschutzes dürften spätestens seit dem Abbruch des Kommod-Hauses endgültig vorbei sein. Die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker zuckt höchstens bedauernd die Schultern, wenn wieder einmal Bagger oder Motorsäge über den Denkmalschutz triumphieren. Der Ausreden für Untätigkeit reichen von Gesetzeslücken bis hin zum fehlenden Geld für die Erhaltung historischer Bausubstanz.

Die Liste von schweren Eingriffen in jene Bereiche, die den Reiz der (Garten)Stadt Graz ausmachen, wird immer länger. So sind zum Beispiel wertvolle Häuser mit prächtigen Gärten im Bereich der Schubertstraße hinter Neubauten verschwunden; in der Elisabethstraße soll unter dem Titel Zubau zum Palais Lazarini ein neues Haus entstehen und einen nicht geringen Teil der alten Parkanlage zum Verschwinden bringen; in der Schützenhofgasse wartet offensichtlich auch schon die Spitzhacke auf in weiteres historisches Bauwerk; das Haus Sackstraße 28-30 scheint ebenfalls gefährdet. Auch aus Eggenberg kommen Alarm-signale: In unmittelbarer Nähe des zu Recht als Juwel geschätzten Schlosses und des Parks wurden im großen Stil Bäume gefällt. Es wird eine Verbauung befürchtet, die eine Beeinträchtigung des historischen Charakters des Schlosses Eggenberg nach sich ziehen könnte.

Ein Name taucht bei nicht wenigen dieser Fälle immer wieder auf: Dr. Reinhard Hohenberg. Egal, ob er mit seiner Firma Wegraz in eigener Sache aktiv ist, oder ob er als Rechtsanwalt finanzkräftige Baulöwen vertritt, der Denkmalschutz bleibt nicht selten auf der Strecke. Man hat manchmal das Gefühl, als würde Herrn Dr. Hohenberg die Stadt allein gehören. Wenn nicht endlich klare Grenzen gezogen und die Schlupflöcher in den entsprechenden Gesetzen geschlossen werden, kann es leicht sein, dass noch mehr historische Bauten unwiederbringlich verloren gehen. Mit Ausreden seitens der Politik muss es ein Ende haben. Es ist bereits fünf nach zwölf!



Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91
mail: stadtrat.kaltenegger@stadt.graz.at

Neuer Arbeitslosenrekord in Graz

Mitten im Hochsommer waren in der Steiermark mehr Menschen arbeitslos gemeldet als Leoben, die zweitgrößte Stadt unseres Bundeslandes, EinwohnerInnen hat. Das stellte Stadtrat Ernest Kaltenegger (KPÖ) nach Bekanntwerden der neuesten Arbeitsmarktdaten fest.

In der Steiermark wurden demnach Ende Juli 28.948 Arbeitssuchende registriert, um 2.334 oder 8,8 % mehr als vor einem Jahr. Dazu kommen noch 5.422 Arbeitslose, die sich in Schulungsmaßnahmen befinden.

10.927 Arbeitslose waren in Graz gemeldet, um 1000 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenrate ist in der Landeshauptstadt auf 6,9% gestiegen. Voriges Jahr lag sie bei 6,4%. Graz hat damit die höchste Arbeitslosenrate. Im steirischen Durchschnitt liegt die Arbeitslosenrate bei 5,9%.

Kaltenegger: „Wir brauchen in der Steiermark eine wirksame Sozialpolitik, welche die Arbeitslosigkeit nicht als Schicksal hinnimmt. Die bisherige Event-

politik schafft keine dauerhafte Beschäftigung.“

Der KPÖ-Politiker erneuerte in diesem Zusammenhang die Forderung nach einem steirischen Sozialpass für Menschen mit ge-



ringem Einkommen. Er soll dieser Personengruppe den kostenlosen bzw. stark ermäßigten Zugang zu Bädern, aber auch Theatern und Museen ermöglichen.

Politiker müssen Spargesinnung vorleben Kaltenegger zur Diskussion um Politikerbüros

Zur aktuellen Diskussion über die Ausgaben für die Büros von Spitzenpolitikern in der Steiermark stellt der Grazer KPÖ-Stadtrat Ernest Kaltenegger Folgendes fest:

„Wie schon im Zusammenhang mit den Förderungen für Herberstein zeigt sich, dass manche Politiker mit ähnlichen Alüren agieren wie der seinerzeit herrschende Adel. Sie orientieren sich auch am Lebensstil von

Spitzenmanagern. Wer von der Bevölkerung eine Spargesinnung einfordert, müsste sich in seinem eigenen Umfeld mit finanziellen Ausgaben eigentlich sehr zurückhalten. Das gilt in besonderem Maße für die Landeshauptstadt Graz.“

Die Grazer KPÖ hat die Ausgaben für das Büro von Bürgermeister Nagl im Gemeinderat mehrmals zur Sprache gebracht und kritisiert.

Das kosten die neuen Politikerbüros (aus Steuergeldern)

Büro Voves: 229.000 Euro
Bürgermeisteramt Graz und Büro Nagl: 223.000 Euro